

Referat Berufliche Bildung lädt BBS-Führungskräfte ein

Kontroverse Diskussion über die Auswirkungen der Schulgesetznovelle



Großer Unmut. Führungskräfte von beruflichen Schulen äußerten sich besorgt über die zunehmende Belastung durch die Übertragung von immer mehr Verwaltungsaufgaben.

Auf Einladung des Referats Berufliche Bildung und Weiterbildung trafen sich die GEW-Führungskräfte der Berufsbildenden Schulen zum zweiten Mal in diesem Jahr in Hannover. Thematische Schwerpunkte der wieder sehr gut besuchten Veranstaltung waren: die Novellierung des NSchG sowie die möglichen Auswirkungen der Schulverwaltungsreform auf die Berufsbildenden Schulen. Zum Thema „Neuigkeiten aus dem MK“ waren Conny Hartwig und Frank Schmidt eingeladen.

Zu Beginn der Veranstaltung berichtete Ulla Holterhus über die Sitzung des Landesausschusses für Berufsbildung, in den sie seit Mitte November auf Vorschlag des DGB berufen wurde. Fritz Hobel wurde als ihr Vertreter benannt. Zwei Themen stehen dort momentan im Mittelpunkt. Zum einen die Entwicklung der Berufsbildung auf europäischer Ebene, zum anderen die Weiterentwicklung des dualen Systems in Niedersachsen.

Anschließend informierte Andreas Streubel über den Entwurf zur Änderung des NSchG (Gesetz zur Einführung der Eigenverantwortlichen Schule). Die sich abzeichnende Machtverschiebung innerhalb der Schulen zugunsten der Schulleitung und die Entmachtung der Gesamtkonferenz wurde von den Anwesenden kontrovers diskutiert. Etliche Schulleiterinnen und Schulleiter begrüßten die Änderungen mit Verweis auf die angeblich nur geringe Effektivität der Gesamtkonferenzen. Auch könne es nicht angehen, den Schulleitungen die Gesamtverantwortung für die Schule und ihre Qualität aufzubürden, ohne

ihnen auch das entsprechende Führungsinstrumentarium zur Verfügung zu stellen. Großer Unmut herrscht allerdings über die zunehmende Belastung durch die vermehrte Übertragung von Verwaltungsaufgaben auf die Schulen, für die jedoch keinerlei zeitliche und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Teilnehmer von ProReKo-Schulen warfen die Frage auf, ob bzw. inwieweit die 19 ProReKo-Schulen nach Abschluss des Modellversuches wieder in den Rahmen des NSchG eingegliedert und so auch zu Eigenverantwortlichen Schulen werden würden. Diese Frage ist – so bestätigte auch Conny Hartwig – völlig ungeklärt. Während in den ProReKo-Schulverfassungen eine Gesamtkonferenz gar nicht mehr vorgesehen ist, wird im Entwurf zur Einführung der Eigenverantwortlichen Schule die Gesamtkonferenz als Organ zumindest beibehalten, allerdings mit – aus Sicht der GEW – zu wenigen Befugnissen. Eine schulgesetzliche Sonderregelung für BBSen wurde bisher glücklicherweise verhindert.

Einen Überblick über Aktivitäten des Referats Berufliche Bildung und Weiterbildung gab Fritz Hobel. Im kommenden Jahr wird es neben zahlreichen fachrichtungsspezifischen Berufsschultagen am 16. März 2006 wieder einen fachübergreifenden landesweiten Berufsschultag – diesmal in Hannover – geben. Die nächste von mindestens zwei Veranstaltungen für GEW-Führungskräfte wird am 25. April 2006 zum Thema „Personalentwicklung“ stattfinden.

Die zweite Hälfte der Veranstaltung im Hannoveraner Raschplatz-Pavillon wurde von Cornelia Hartwig bestritten. Gemeinsam mit Frank Schmidt (der aus privaten Gründen leider kurzfristig absagen musste) hatte sie einen Vortrag über die Auswirkungen der Schulverwaltungsreform auf die Berufsbildenden Schulen vorbereitet. Außerdem berichtete Conny Hartwig über aktuelle Überlegungen des MK zur Umgestaltung der beruflichen Grundbildung in den BBSen. Grundlage dafür sind u.a. die Veränderungen im BBiG (Anrechnungsverordnung, Kammerprüfung nach vollschulischer Berufsausbildung). Die Referentin betonte jedoch, dass es sich hierbei lediglich um Vorüberlegungen handele.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass auf dem Hintergrund des Rückgangs betrieblicher Ausbildungsplätze und der zunehmenden Anzahl von Schülerinnen und Schülern in Vollzeitschulformen der BBSen dringender Handlungsbedarf besteht. Es muss die Frage beantwortet werden, wie eine gute Berufsausbildung als wesentliche Lebensgrundlage für alle sichergestellt werden kann. Die Anwesenden waren sich einig, dass durch duale Ausbildung dieses Ziel momentan nicht erreicht wird und deshalb Alternativen angeboten werden müssen, die es möglich machen, auch auf anderen Wegen die Zulassung zur Kammerprüfung zu erreichen. Das neue BBiG bietet diese Möglichkeit. Auch im Landesausschuss für Berufsbildung wird daher diese Diskussion weiterhin geführt werden müssen.

ANDREAS STREUBEL



Vorberufliche Bildung in einer Strukturkrise. Stephan Stomporowski, Referent bei der Landesdelegiertenkonferenz der FG Berufsbildende Schulen, zeigte die Probleme, aber auch mögliche Lösungen auf: Eine Schule für alle Kinder bis Klasse 9/10 und darauf aufbauend ein Drei-Säulenmodell von weiterführender allgemeiner und beruflicher Bildung.

Foto (2): Andreas Streubel